

Resolution des Kreistages des Bodenseekreises zur weiteren Planung des Ausbaus der Bundesstraße B 30 zwischen Ravensburg und Friedrichshafen sowie weiterer Bundesstraßenbaumaßnahmen im Bodenseekreis

Der Bodenseekreis ist ein ausgesprochen dichtbesiedeltes Gebiet am nördlichen Bodensee-Ufer. So schön und reizvoll der Bodensee ist – er ist eine natürliche Begrenzung der Verkehrsinfrastruktur nach Süden. Gerade entlang der Uferlinie ist die Siedlungsstruktur besonders stark geprägt. Hier treffen auch die unterschiedlichsten Nutzungsinteressen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur aufeinander: Die hohe Industriedichte im Bodenseekreis führt zu erheblichem gewerblichen Verkehr, die touristische Nutzung des Bodensees zu erheblichen Verkehrsaufkommen durch Urlauber. Die Messe in Friedrichshafen bringt alljährlich hunderte-tausende von Besuchern an den Bodensee. Die Landesentwicklungsachse zwischen Ravensburg/Weingarten und Friedrichshafen ist ebenso dicht besiedelt, was zu den gleichen Ergebnissen führt.

Seit Jahren kämpft die Bevölkerung im Bodenseekreis und in der Region Bodensee-Oberschwaben um eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, auf Schienen wie ebenso der Straße. Seit Jahren wird die Verantwortung für das Nicht-Vorankommen von der Landespolitik an die Bundespolitik, von der Bundespolitik an die Landespolitik hin- und hergeschoben. Dieser Zustand muss beendet werden!

Die politischen Verantwortlichen in der Region Bodensee-Oberschwaben haben über die Kreisgrenzen hinweg eine Priorität der Straßenbauvorhaben festgelegt. Danach kommt dem Ausbau der B 30 Ravensburg-Süd höchste Priorität zu, der seit Jahren bereits rechtskräftig planfestgestellt ist. Im Jahr 2010 wurde darüber hinaus Rechtskraft der Planfeststellungsbeschlüsse für den Ausbau der B 31 Friedrichshafen-West und der B 31 Überlingen-Ost erlangt. Doch ein Baubeginn kann zum heutigen Zeitpunkt immer noch nicht vorhergesagt werden. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger müssen weiterhin Lärm und Abgase aber-tausender Kraftfahrzeuge tagtäglich ertragen. Darüber hinaus stehen noch Lösungen für die Ortsdurchfahrten von Meckenbeuren im Zuge der B 30 und für Hagnau im Zuge der B 31 an. Insbesondere die planerischen Überlegungen für eine Ortsumfahrung der Gemeinde Meckenbeuren liegen seit Jahren bereits vor.

Der Kreistag fordert aus den vorgenannten Gründen die Landesregierung deshalb auf:

1. Die planerischen Mittel für die weitere Planung der Ortsumfahrung Meckenbeuren im Zuge der B 30 bereit zu stellen und
2. beim Bundesverkehrsministerium den Ausbau der planfestgestellten Abschnitte der B 30 und B 31 als oberste Priorität für die Verwirklichung vorzusehen.

Der Kreistag des Bodenseekreises verlangt ein Ende der politischen Diskussion und eine zeitnahe konkrete Umsetzung der vorhandenen Beschlüsse.